

Newsletter

Forum Eine Welt NRW

Herausgeber: SPD-Landesverband NRW, 40213 Düsseldorf
Ausgabe 1/2009



Grußwort von Hannelore Kraft

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass alle Nationen, Völker und Menschen von Frieden und Wohlstand profitieren. Unser Ziel ist es, die Globalisierung gerecht zu gestalten, ihre positiven Möglichkeiten für alle Menschen nutzbar zu machen und ihre negativen Auswirkungen auszugleichen. Dazu gehört, wirtschaftliche Interessen auch international mit sozialen und ökologischen Bedürfnissen zu vereinbaren.

Auch wenn die soziale Schere in Deutschland aufgeht und die sozialen Probleme zunehmen, dürfen wir nicht vergessen, dass wir im weltweiten Vergleich noch immer eine sehr privilegierte Situation haben. Deshalb bleibt für uns Eine-Welt-Politik ein wichtiges Politikfeld. Jeder Einzelne kann durch sein Konsumverhalten Einfluss nehmen auf die Situation in den Entwicklungsländern. Auf Landesebene wollen wir dies durch eine entsprechende entwicklungspolitische Bildungsarbeit fördern. Auch die kommunale Entwicklungszusammenarbeit findet weiterhin unsere engagierte Unterstützung. Darüber hinaus haben wir erfolgreich eine parteienübergreifende Initiative im Landtag zum Global Marshall Plan initiiert.

Ich freue mich, dass wir Sie mit diesem Newsletter über unsere aktuellen Aktivitäten in der Eine-Welt-Politik informieren können.

Herzliche Grüße,
Hannelore Kraft



Ohne Frieden keine Entwicklung – Ohne Entwicklung kein Frieden

Heidemarie Wieczorek-Zeul im Gespräch mit Reinhard Hermle

Sie sind nunmehr seit 11 Jahren Entwicklungsministerin, daher 11 Fragen an Sie:

1. Was war Ihr größter Erfolg?

Die Entwicklungspolitik hatte vor 11 Jahren bei weitem nicht den Stellenwert, den sie heute hat. Ich habe die Entwicklungszusammenarbeit völlig neu gestaltet: Heute ist Entwicklungspolitik globale Strukturpolitik. Wir haben mehr Mittel und setzen sie wirksamer ein. Wir haben 24 Länder voll entschuldet, die Armutsziffern sind insgesamt gesunken, allein in Afrika gehen 29 Millionen Kinder mehr zur Schule. Insgesamt gibt es bei allen Millenniumsentwicklungszielen Fortschritte.

2. Der Stellenwert der Entwicklungspolitik hat sich nach 9/11 erhöht. Woran liegt das Ihrer Meinung nach?

Insgesamt spürten alle schon längst vor dem 11. September, Willy Brandt hatte recht: Ohne Frieden keine Entwicklung und ohne Entwicklung kein Frieden. Wir können nicht in Frieden leben, wenn es Regionen in der Welt gibt, die in tiefster Armut und Rechtlosigkeit leben. Ich bin fest davon überzeugt, dass Entwicklungspolitik wirksame und notwendige Friedenspolitik ist. Mit den Millenniumsentwicklungszielen hat sich die internationale Gemeinschaft bereits im Jahr 2000 konkrete, überprüfbare Ziele in der Armutsbekämpfung gesetzt. Deutschland hat gemeinsam mit allen anderen Ländern ein Versprechen gegeben, das wir halten müssen.

3. Sie haben sich für eine Erhöhung der Mittel eingesetzt und einiges erreicht. Deutschland hat sich sogar verpflichtet, im

kommenden Haushaltsjahr 0,51% des BNE für die Entwicklungspolitik (ODA) einzusetzen. Heute stehen wir bei 0,38%. Ist der Sprung zu schaffen?

Wir liegen für 2009 geschätzt bei etwa 0,41%. Wenn es zudem möglich ist, dreistellige Milliardenbeträge zur Rettung des Bankensystems aufzubringen, dann können auch die wesentlich geringeren Summen zur Verfügung gestellt werden, die notwendig sind, um Armut und Hunger, Mütter- und Kindersterblichkeit zu bekämpfen. Dazu brauchen wir Haushaltsmittel, aber auch Mittel, die aus der Versteigerung von CO₂-Zertifikaten stammen. Auch über die Einführung einer Börsenumsatzsteuer, deren Aufkommen unter anderem für Entwicklung eingesetzt wird, müssen wir nachdenken.

4. Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise hat gerade auch die Entwicklungsländer hart getroffen. Was kann die Entwicklungspolitik tun, um zu helfen?

Wir haben 100 Mio. Euro aus dem Konjunktur-Paket II für die Infrastruktur-Krisenfazilität der Weltbank eingesetzt. Die KfW hat sich mit 130 Mio. US\$ an einem Fonds zur Refinanzierung von Mikrofinanzinstitutionen beteiligt. Darüber hinaus haben wir in vielen Partnerländern die Zusagen erhöht oder vorgezogen, um ganz konkret und gezielt die Krisenfolgen abzumildern.

Unabhängig davon ist es unabdingbar, dass die Entwicklungsländer die weltweiten Rahmenbedingungen, von denen sie abhängen, stärker mitgestalten können. Ich habe in der Expertenkommission unter Vorsitz von Prof. Joseph Stiglitz mitgearbeitet. Unsere Vorschläge wurden von der VN-Konferenz zur Finanz- und Wirtschaftskrise im Juni in New York aufgenommen. Diese Konferenz hat den ärmsten Entwicklungsländern eine Stimme gegeben und konkrete Beschlüsse gefasst. Sie reichen von der Regelung der Finanzmärkte über Ressourcen zur Krisenbekämpfung bis zur Einrichtung eines Intergovernmental Panel on Systemic Risks. Dieser Expertenrat soll nach dem Vorbild des Weltklimarates arbeiten und die Vereinten Nationen stärken.

Mit Interesse habe ich zudem die Ansicht des Vorsitzenden der britischen Finanzaufsicht FSA, Lord Adair Turner, zur Kenntnis genommen, dass die Einführung einer

Devisentransaktionssteuer eine wichtige Maßnahme zur Vorbeugung künftiger Krisen sei. Das ist Unterstützung von einer Seite, die es wohl wissen muss.

5. Sie sind die erste Entwicklungsministerin, die im Bundessicherheitsrat über deutsche Waffenexporte mitentscheidet. Bei der Agrar- und Handelspolitik geht es in der Regel um Vorteile für uns. Auch andere Ressorts verfügen heute über z.T. beträchtliche ODA-Mittel. Gibt es einen kohärenten Umgang mit Entwicklungsländern innerhalb der Bundesregierung?

Das BMZ ist innerhalb der Bundesregierung für die Entwicklungspolitik zuständig. Soweit die anderen Ressorts über ODA-Mittel verfügen, gibt es ganz überwiegend eine sehr gute Abstimmung mit dem BMZ. Es ist selbstverständlich, dass in einer globalisierten Welt zum Beispiel Umwelt- oder Bildungspolitik keine rein nationalen Politikfelder mehr sein können.

Entwicklungspolitik ist kein Nischenthema, sondern eine Querschnittsaufgabe. So, wie der Stellenwert der Entwicklungspolitik gewachsen ist, haben wir auch die Mitspracherechte des



BMZ in viele Politikfelder ausgeweitet. Das BMZ fordert beständig von allen Ressorts ein, mit ihrer Politik kohärent eine global nachhaltige Entwicklung zu fördern. Wir haben hier große Fortschritte erzielt. Andererseits müssen beispielsweise gerade in der Agrar- und Handelspolitik die Belange der Entwicklungsländer noch stärker berücksichtigt werden. Insbesondere die Agrarexportsubventionen der EU haben verheerende Folgen für die Menschen in den Entwicklungsländern und müssen so schnell wie möglich abgeschafft werden.

6. Kritiker halten die Entwicklungszusammenarbeit für nicht wirksam genug. Was antworten Sie?

Kritiker wollen einfach nicht sehen, wie sehr die Entwicklungspolitik sich in den letzten zehn Jahren gewandelt hat. Sie ist wirksamer geworden, in Deutschland und international. Wir haben die Globale Strukturpolitik

gestaltet und aus einem gemischten Portfolio von Hilfsmaßnahmen eine Entwicklungszusammenarbeit aus einem Guss gemacht. Die Prinzipien der Paris Deklaration und der Accra Agenda for Action betonen die Eigenständigkeit der Partnerländer und sorgen gleichzeitig für mehr Rechenschaft, Transparenz und Wirksamkeit. Diese Prinzipien setzen wir konsequent um, auf europäischer Ebene mit dem EU-Verhaltenskodex zur Arbeitsteilung. Die deutsche bilaterale Zusammenarbeit habe ich von 120 Ländern 1998 auf heute 58 Länder konzentriert. Durch die Deutschen Häuser erreichen wir in 42 Partnerländern einen einheitlichen Auftritt der Durchführungsorganisationen.



7. Viele halten die Struktur der deutschen Entwicklungspolitik für zu komplex und nicht schlagkräftig genug. Woran hakt es bei der Reform der Institutionenvielfalt?

Nicht beim BMZ. Unter meiner Führung wurde die DEG in die KfW-Bankengruppe integriert. Wir haben die Deutsche Stiftung für Entwicklung und die Carl-Duisberg-Gesellschaft zu InWEnt zusammengeführt. Es steht aus, Finanzielle und Technische Zusammenarbeit stärker zu verknüpfen; dieser notwendige Schritt wird von der CDU/CSU blockiert.

8- Die Bundeskanzlerin möchte die Klima und Umweltpolitik stärker mit der Entwicklungspolitik verknüpfen. Was sind Ziele und Schwerpunkte des BMZ im Klimabereich?

Entwicklungspolitik tritt für globale soziale, ökonomische, ökologische und politische Nachhaltigkeit ein. Nur so können Klima- und Umweltpolitik auch den Bedürfnissen der Entwicklungsländer gerecht werden. Es wird nur „klimagerechte“ Lösungen geben können oder gar keine. Diesen Ansatz verfolgt die Entwicklungspolitik seit Jahren und untermauert ihn mit konkreten Programmen. Das BMZ hat allein 2009 mehr als eine Milliarde Euro in den Ausbau Erneuerbarer Energien und für Energieeffizienz in unseren Partnerländern investiert. Wir im BMZ verfügen über die Strukturen, diese Mittel gemeinsam mit unseren Partnerländern und

nach den Effizienzkriterien von Paris und Accra umzusetzen. Unsere Arbeit ist unverzichtbar für den internationalen Klima- und Umweltschutz.

9. Die Entwicklungszusammenarbeit ist zunehmend in Ländern und Regionen tätig, die von Staatsverfall und gewalttätigen Auseinandersetzungen geprägt sind. Wie begegnet das BMZ dieser Problematik?

Armut verursacht Kriege und Konflikte. Kriege und Konflikte verschärfen die Armut. Staatszerfall, Klimawandel, anhaltendes Bevölkerungswachstum und die Rohstoff- und Finanzkrise lassen den Teufelskreislauf von Armut und Konflikten gerade in den ärmsten Ländern dieser Welt nicht abreißen.

Die meisten Konflikte lassen sich mit militärischen Mitteln nicht lösen. Es braucht deshalb die Entwicklungspolitik. Ein wichtiges Instrument haben wir vor zehn Jahren geschaffen: Den Zivilen Friedensdienst, der uns ermöglicht, mit nicht-militärischen Mitteln verfeindeten Gruppen Wege aus der Gewalt aufzuzeigen. ZFD-Fachkräfte und ihre lokalen Partner leisten dabei häufig schwierigste Pionierarbeit. In dem sie für Dialog statt Konfrontation werben, bieten sie Alternativen zur Gewaltspirale.

10. Wie ist die Perspektive für Afghanistan? Hilfsorganisationen kritisieren, dass die Bundesregierung durch die Vermischung von zivilen und militärischen Aufgaben zivile Helfer zur Zielscheibe von Angriffen gemacht habe.

Klar ist: Wiederaufbau und Entwicklung müssen für die Zukunft von Afghanistan im Vordergrund stehen. Wir haben große Fortschritte erzielt beim Aufbau des Bildungssystems, bei der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern und bei der Eindämmung der Gewalt gegen Frauen. Durch Mikrokredite haben wir 280.000 Kleinunternehmen erreicht. Dies wird von der Bevölkerung in Afghanistan hoch geschätzt. Wichtig ist, dass es der afghanischen Regierung gelingt, ihre Bevölkerung vor Gewalt zu schützen, eine funktionierende Justiz und eine zuverlässige Polizei aufzubauen. Auch hier sind die internationale Gemeinschaft und die Beiträge unserer Außen-, Innen- und Verteidigungsministerien gefragt. Es gibt regelmäßige Abstimmungen zwischen den Ressorts, bei denen wir nach dem Prinzip gemeinsame Verantwortung –

getrennte Verantwortlichkeit entscheiden. Dabei nehmen wir die prekäre Sicherheitslage sehr ernst.

Wir haben zudem den Strategiewechsel der US-Streitkräfte und der NATO mit bewirkt. Umso schwerwiegender ist es, dass der Angriff in der Nacht zum 4. September in Kundus im Bewusstsein der Menschen diesen Strategiewechsel zu konterkarieren scheint. Ich unterstütze deshalb nachdrücklich die Forderungen von Frank-Walter Steinmeier, im Rahmen des Afghan Compact einen Zeitplan für den Rückzug der ISAF-Truppen und der Bundeswehr mit der afghanischen Regierung zu vereinbaren.

11. Wie geht es nach dem September weiter?

Eine sozialdemokratische Regierung mit mir als Entwicklungsministerin ist die beste Garantie dafür, dass es auch in der nächsten Legislaturperiode eine schlagkräftige Entwicklungspolitik aus einem eigenständigen Ministerium geben wird, dass die Millennium-Entwicklungsziele erreicht werden und dass die Welt ein Stück gerechter wird.

Große Anfrage der SPD-Fraktion an die Landesregierung von Renate Hendricks

Am 23. Juni diesen Jahres richtete die SPD-Landtagsfraktion des Landtags NRW an die Landesregierung eine große Anfrage zur Entwicklungspolitik in NRW. Sie besteht aus weit mehr als 100 Fragen, unterteilt in neun Kategorien. Der schlichte Titel „Entwicklungspolitik in NRW“ war Programm. Aus monatelanger Vorarbeit, zahlreichen Gesprächen und immer neuen Aspekten entstand ein Fragenkatalog, dessen Beantwortung ein genaues Bild über die bestehende Lage in NRW ermöglichen soll.

Ausgangspunkt einer gelungenen Entwicklungspolitik ist eine simple Erkenntnis: Menschen sind aufgrund ihrer Vernunft für ihre Handlungen und in einem gewissen Maße auch für die Folgen ihrer Handlungen verantwortlich. Auf das politische Feld der Entwicklungspolitik bezogen bedeutet das: technischer und wirtschaftlicher Fortschritt verpflichtet oder generiert zumindest Verantwortung – auch global.

Doch wie weckt man Verantwortungsbewusstsein bei den Bürgerinnen und Bürgern? Indem man die Lebenssituation der 1,2 Mrd. Menschen darstellt, die weltweit mit weniger als einem US-Dollar pro Tag auskommen müssen. Indem man ihnen die Augen öffnet dafür, dass weit mehr als 800 Mio. Menschen chronisch an Hunger leiden und dass diese Lebenssituation täglich viele tausend Leben fordert. Aber auch indem man Mut macht und zeigt, welchen Einfluss wir nehmen können und müssen, um diese Situation zu verändern. Der Friedensnobelpreisträger des Jahres 2006, Muhammad Yunus, sagt hierzu „Die Botschaft, die wir immer in den Vordergrund stellen sollten ist, dass die Armut in der Welt künstlich erzeugt wurde. Sie ist nicht Teil der menschlichen Zivilisation.“ Doch die Sensibilisierung darf nur der erste Schritt sein. Ehrenamtliches Engagement ist dabei unverzichtbar. Und: Politik, in NRW allen voran die Landesregierung, sollte selbst Vorbild sein und das lokale Engagement unterstützen. Dabei ist Entwicklungspolitik - wie kaum ein anderes Politikfeld - eine Querschnittsaufgabe, mit weit reichenden Folgen für den Frieden in der Welt.

Die SPD-Fraktion stellt daher u.a. folgende Fragen:

- Wie hoch ist der Anteil NRWs an den Leistungen der öffentlichen Entwicklungshilfe und welcher Leitlinie folgend werden die Mittel eingesetzt? Wie rechtfertigt die Landesregierung, dass trotz zahlreicher Bekenntnisse zur Entwicklungspolitik die Mittel reduziert wurden?
- Wie hält es die Landesregierung mit dem Fairen Handel?
- Werden die Partnerschaften mit Ghana und der südafrikanischen Provinz Mpumalanga gepflegt oder bestehen sie mehr zur Beruhigung des eigenen Gewissens und sind nicht mehr als ein PR-trächtiger guter Vorsatz?
- Was macht die Landesregierung, um die vielen Aktionen und Organisationen zu unterstützen?

Am 14. Mai 2008 beschloss der Landtag NRW mit den Stimmen aller Fraktionen die Unterstützung der Global Marshall Plan Initiative. Als zweites Bundesland bekannte sich NRW damit zu seiner Verantwortung, zur Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele der UNO bis 2015 beizutragen. Die Bemühungen der Landesregierung sind eher überschaubar geblieben, seit das Medieninteresse zurückgegangen ist.

NRW blickt auf eine langjährige entwicklungspolitische Tradition zurück. Ohne der Diskussion über die Ergebnisse der großen Anfrage vorzugreifen, beobachten wir schon heute, dass die Leitlinien der Entwicklungszusammenarbeit des Landes NRW und der Beschluss der Ministerpräsidenten der Länder vom 22. bis 24.10.2008 in NRW unter der gegenwärtigen Regierung völlig unzureichend umgesetzt werden. Dies entspricht weder den existenziell bedrohlichen Dimensionen der zu lösenden Probleme, noch der Stärke und den Möglichkeiten des Landes NRW.

Die Antworten der Landesregierung auf die Anfrage erwarten wir im September/Oktober 2009. Wir werden sie nutzen, um auch mit den NRO ins Gespräch zu kommen. Denn für uns ist Entwicklungspolitik ein Teil lokaler Verantwortung, die politisch gewollt und unterstützt werden muss und global erforderlich ist.

Die Anfrage finden Sie unter: http://www.renate-hendricks.de/index.php?mod=content&menu=60128&page_id=7767 oder auf der Homepage des Landtags als Drucksache 14/9465

Entwicklungspolitisches Memorandum 2009 von Gerd Deihle

Nach 1994, 1998 und 2002 legt eine Gruppe von entwicklungspolitischen Fachleuten zum vierten Mal ein Memorandum zu einer Bundestagswahl vor. Unter dem Titel „Entwicklungspolitik in der Zeit weltweiter Krisen“ formulieren sie Erwartungen an den Bundestag, der am 27. September 2009 neu gewählt wird, und die neue Bundesregierung. Die in rasantem Tempo verlaufenden weltweiten Veränderungsprozesse, die durch die derzeitigen Krisen noch beschleunigt werden, lassen erahnen, dass wir einen signifikanten Beitrag leisten müssen, der unsere eigenen Lebensgewohnheiten und

Lebensstile betrifft. Darauf, dass Entwicklungszusammenarbeit nicht nur mit Projekten und Geld für die armen Länder zu tun hat, sondern im eigenen Lande beginnt, ist die große Mehrheit der Gesellschaft noch nicht vorbereitet.

Der entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit kommt dabei eine Schlüsselrolle zu, um die unvermeidlichen Veränderungen ohne Bruch zu bewältigen. Es fehlt ein Konzept, das Bund, Länder und die in der Entwicklungspolitik viel zu wenig beachteten Kommunen einbezieht.

Wir brauchen Instrumente und eine langfristige Förderung von Programmen, die zivilgesellschaftlichen Strukturen in den Regionen unseres Landes stabilisiert und nicht nur kurzfristige Projektförderungen. Sie sind zwar richtig, aber eben nicht ausreichend. Eine erfolgreiche Entwicklungspolitik lässt sich gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung auf Dauer nicht umsetzen. Das wusste schon Johannes Rau als er noch Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen war.

Die vielen tausend meist ehrenamtlich tätigen Nichtregierungsorganisationen hätten sich im Memorandum dazu einen markanteren Beitrag gewünscht.

Das Memorandum 2009 kann unter www.germanwatch.org/memo2009 abgerufen werden.

Bevölkerung wählt Entwicklungspolitik

Für einen großen Teil der deutschen Bevölkerung hat die weltweite Armutsbekämpfung im Hinblick auf die bevorstehenden Bundestagswahlen einen hohen politischen Stellenwert. Eine Umfrage von TNS Emnid zeigte, dass für rund 60 Prozent der Befragten die Haltung der Parteien zur Hilfe für die Ärmsten der Welt ein wichtiges Wahlkriterium ist. 71 Prozent fordern die Einhaltung des Versprechens der Bundesregierung, die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit bis 2010 auf 0,51 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu erhöhen.

Quelle: <http://www.one.org/de/blog/?p=313>

Spitzenpolitiker zur Entwicklungspolitik

Bei einer Befragung durch die entwicklungspolitische Lobby-Organisation ONE bekräftigte SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier die Zusage, das 0,51 Prozent-Ziel bis 2010 und das 0,7 Prozent-Ziel bis 2015 zu erreichen. Er wolle alles tun, um die Zahl der in Armut lebenden Menschen bis 2015 zu halbieren. Unter einer SPD-Regierung solle die Entwicklungszusammenarbeit weiterhin durch ein eigenständiges Ministerium gesteuert werden. Steinmeier betonte, es sei wirtschaftlich gerade jetzt wichtig, durch Anstrengungen in den Bereichen Bildung und neuer Energietechnologien auch Afrika den Weg aus der Krise zu ebnen. FDP-Chef Guido Westerwelle sprach sich gegenüber ONE dafür aus, das BMZ in das Auswärtige Amt zu integrieren, weil Entwicklungshilfe als Teil der Außenpolitik zu begreifen sei. Im Falle einer Regierungsbeteiligung werde er dafür sorgen, die Entwicklungszusammenarbeit stärker an gute Regierungsführung und die Einhaltung der Menschenrechte zu koppeln. Hoffnung mache ihm die überall in Afrika wachsende Mittelschicht. Der Spitzenkandidat der Partei DIE LINKE Gregor Gysi forderte eine Neuausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit.

Die Entwicklungshilfe im Bundeshaushalt müsse erheblich gestärkt und die Rüstungsausgaben dafür zurückgefahren werden. Zentrales Ziel müsse die Verwirklichung des Menschenrechts auf Nahrung sein. Deshalb wolle DIE LINKE vor allem die Ernährungssouveränität in den Ländern des Südens stärken und eine gerechte Land- und Ressourcenverteilung ins Zentrum der Förderung rücken. Der Spitzenkandidat von Bündnis90/Die Grünen Jürgen Trittin sprach sich für eine zentrale Rolle von Entwicklungszusammenarbeit in der Außen-, Handels-, Finanz-, Agrar- und Klimapolitik aus. Es müsse verhindert werden, dass Außenhandelspolitik und Agrarsubventionen wieder einreißen, was wirtschaftliche Zusammenarbeit aufgebaut hat.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte sich bereits beim Entwicklungspolitischen Kongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 17. Juni zu entwicklungspolitischen Fragen, speziell zur Politik gegenüber Afrika,

geäußert. Sie sprach sich für eine Steigerung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit aus. Man müsse sich auf Deutschlands Zusagen verlassen können.

Quelle: VENRO 2015 aktuell 08/2009

Entwicklung hilft von Reinhard Hermle

Entwicklungspolitik hat in den vergangenen Jahrzehnten viel geleistet, aber manches ist auch schief gegangen. Wer wüsste nicht von Entwicklungsruinen und „weißen Elefanten“. Kritik begleitet sie deshalb fast seit den Anfängen vor 50 Jahren. Gerade macht wieder das Buch einer Afrikanerin Furore, die in den USA lebt. Es kommt zu dem Schluss, dass alles mehr schade als nütze und am besten beendet werden sollte. In einem „Bonner Aufruf“ stellt eine Gruppe Menschen, die sich zum Teil viele Jahre lang mit Entwicklungspolitik beschäftigt haben, im März dieses Jahres fest, „dass unsere Politik (der personellen und finanziellen Entwicklungshilfe für Afrika) versagt hat“. Der Kurs müsse radikal verändert werden.

Zweifellos ist es gut und notwendig, immer wieder über den richtigen entwicklungspolitischen Weg zu streiten. Dies muss auch deshalb sein, weil es kein Patentrezept für Entwicklung gibt. Vielmehr geht es immer wieder auch um Versuch und Irrtum. Kaum ein Politikfeld steht aber so sehr unter kritischer Beobachtung wie die Entwicklungspolitik. Möglichst drastische und radikale Forderungen erweisen sich freilich als wenig hilfreich, weil sie das Kind gerne mit dem Bade ausschütten. Richtig: Das Armutsproblem weltweit ist weiterhin inakzeptabel groß. Aber es wäre noch schlimmer, gäbe es keine Entwicklungszusammenarbeit (EZ). Gerne wird übersehen, dass die Lebenserwartung weltweit deutlich angestiegen ist und heute mehr Kinder in die Schule gehen können als je zuvor. Richtig ist leider auch, dass – wie die UNCTAD gerade in ihrem neuesten Bericht feststellt – wegen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise das Ziel, bis zum Jahr 2015 die Zahl der hungernden und in extremer Armut lebenden Menschen zu halbieren, wahrscheinlich verfehlt wird. Es hieße die Entwicklungspolitik völlig zu überfordern,



Reinhard Hermle

würde man von ihr die Korrektur solcher Megatrends erwarten. Gänzlich verfehlt wäre es, auf entwicklungspolitische Interventionen zu verzichten und alles dem Spiel der Marktkräfte zu überlassen – wie es manche neoliberalen Kritiker wollen. Wohin das führen kann, erleben wir zur Zeit, leidvoll, weltweit und sehr zum Schaden gerade der ärmsten Länder.

Leider ist Entwicklungspolitik auch unterfinanziert. Geld ist nicht alles, aber ohne Geld ist alles nichts. Zwar wurden gewaltige Summen gerade auch nach Afrika gelenkt, geschätzte 560 Mrd. Dollar, aber verteilt über den Zeitraum von fast 50 Jahren macht das pro Kopf etwa 24 Dollar im Jahr oder 7 Cent pro Tag aus. Und viele Dollar flossen in Gestalt von Gehältern oder Ausrüstungsgütern in die reichen Geberländer wieder zurück. Damit ist buchstäblich „kein Staat zu machen“. Auch viele Regierungen im Süden bekleckern sich nicht mit Ruhm und kümmern sich mehr um ihre eigenen Konten als um die Gesundheit und Bildung ihrer Bevölkerung.

Anlass genug für ernste Kritik, ja. Allerdings wird die EZ oft eher als Karikatur dargestellt und nicht zur Kenntnis genommen, was an Reformen auf den Weg gebracht wurde, um ihre Wirksamkeit zu verbessern. Das enthebt einen der Notwendigkeit, sich mit den Veränderungen zu beschäftigen. Die EZ von heute unterscheidet sich markant von der EZ früherer Jahre. Im Vordergrund stehen die Notwendigkeiten in den Entwicklungsländern. Ihre Prioritäten haben Vorfahrt. Sie übernehmen mehr Eigenverantwortung und werden darin verstärkt unterstützt. Mit Nachdruck wird daran gearbeitet, die unübersichtlich gewordene Architektur der internationalen EZ neu zu ordnen und durch eine sinnvolle Arbeitsteilung zwischen den Gebern zu verbessern. Stärker als früher wird heute Wert darauf gelegt, Ergebnisse zu erzielen. Und es zeigen sich bereits erste Fortschritte. Der Zug ist aufs richtige Gleis gestellt, muss aber noch deutlich mehr Fahrt aufnehmen.

Perspektiven schaffen – Fair handeln!

von Karin Kortmann

Seit Montag findet bis zum 27. September die jährliche Faire Woche bundesweit statt. Unter dem Motto: "Perspektiven schaffen-Fair handeln!" informieren TransFair, der

Weltladendachverband mit Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) über fair gehandelte Produkte.

Die aktuelle Weltwirtschaftskrise hat es deutlicher gemacht als je zuvor: Wir benötigen gerechte Handels- und Wirtschaftsbeziehungen weltweit.

Die Krise hat die Industrieländer hart getroffen, die zuvor von der Finanzblase allerdings auch profitiert haben.

In den ärmsten Ländern bedroht die Krise jedoch Menschen existentiell, die keinerlei Schuld an der Finanz- und Wirtschaftskrise tragen: Bis zu 100 Millionen Menschen sind wegen der Krise wieder in absolute Armut zurückgefallen.

In Sambia und im Kongo schließen Kupferminen, weil die Rohstoffpreise fallen. Afrikanische Migrantinnen und Migranten in Europa, lateinamerikanische Einwanderer in den USA verlieren ihre Jobs und können nicht länger Geld an ihre Familien zuhause überweisen.

In den Entwicklungsländern gibt es meist keine sozialen Sicherungssysteme, um die Folgen von Krisen bewältigen können: Wer in Subsahara-Afrika seine Arbeit verliert, ist ganz auf sich allein gestellt.

Und die Entwicklungsländer haben meist zu wenige Rücklagen, um die eigene Wirtschaft in der Krise zu stützen. Die Millenniumsentwicklungsziele bis 2015 zu erreichen, wird daher erheblich erschwert.

Mehr denn je ist angesichts der Krise klar: Wir müssen unsere Weltwirtschaftsordnung sozialer und gerechter machen.

Nach wie vor sind Erlöse für viele Produkte aus Entwicklungsländern im freien Welthandel so niedrig, dass Kleinproduzent/-innen kaum davon leben können.

Wir brauchen strukturelle Veränderungen: Faire Regeln in der Weltwirtschaft und in der Finanzarchitektur, damit in Entwicklungsländern sinnvolle und stabile Investitionen möglich sind.

Agrarexportsubventionen in den Industrieländern müssen abgeschafft werden: Erst dann haben Bauern in

Entwicklungsländern eine Chance, ihre Produkte zu verkaufen. Das BMZ setzt sich im Rahmen der WTO-Verhandlungen dafür ein, dass endlich auch auf internationaler Ebene „fair gehandelt“ wird.

Genauso wichtig sind faire Arbeitsbedingungen in den weltweiten Wertschöpfungsketten. Die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO müssen weltweit durchgesetzt werden.

Um das zu erreichen benötigen wir eine globale Allianz der wichtigen Akteure: Neben der Staatengemeinschaft auch global agierende Unternehmen, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und schließlich jeden Einzelnen, z.B. jeden Kaffeetrinker, jede Schokoladengenießerin, jeden T-Shirt-Käufer.

Die Zivilgesellschaft hat hier schon viel erreicht! Es gibt zahlreiche Initiativen, um Wirtschaft nachhaltig zu gestalten. Der Faire Handel ist ein besonders guter Weg: Er ist konkret, nutzt den einzelnen Produzentinnen und Produzenten und verändert zugleich Strukturen.

Fair ist oft auch bio und damit rundum nachhaltig: Bereits rund 75 Prozent der Lebensmittel, die von Fair-Handels-Importeuren verkauft werden, stammen aus kontrolliert biologischem Anbau.

Auch wir hier im Norden profitieren davon, wenn bei der Produktion soziale Gerechtigkeit und Umwelt beachtet werden. Die Produkte sind gesünder und hochwertiger. Fair gehandelte Produkte sind in unabhängigen Warentests wiederholt für ihre hervorragende Qualität ausgezeichnet worden!

Fairer Handel ist zugleich alltägliche entwicklungspolitische Bildungsarbeit: Die fair gehandelten Produkte erinnern uns alle daran, dass unser Konsum sich auf die Lebenssituation der Produzent/innen auswirkt.

Wir sehen nicht mehr nur das abstrakte Produkt, sondern die Menschen, die dahinter stehen. Und wir haben es in der Hand, diesen Menschen Arbeit unter fairen Produktionsbedingungen zu ermöglichen.

Das BMZ sieht den Fairen Handel deshalb als ein wichtiges Instrument der Armutsbekämpfung und unterstützt den Fairen Handel seit langem: 2003-2008 haben wir rund 8,7 Mio. Euro investiert.

Das Engagement wirkt - fair gehandelte Produkte liegen im Trend: 2008 gaben Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland 266 Mio. Euro für Fair Trade aus. Das sind 38 Prozent mehr als im Vorjahr und 180 Prozent mehr als fünf Jahre zuvor, 2003. Bei einzelnen Produkten gibt es geradezu Rekordzuwächse. So wurden 59% mehr Zucker und 80% mehr Fruchtsaft aus fairem Handel im Vergleich zum Vorjahr verkauft. Auch das für den fairen Handel sehr wichtige Produkt Kaffee wächst fleißig weiter und wurde 2008 um 13% mehr verkauft als 2007. Der Faire Handel entwickelt sich von einem Nischenangebot zu einem Markenartikel in den führenden Handelsketten.

Weltweit profitieren schon heute 1,6 Millionen Produzentinnen und Produzenten in Entwicklungsländern vom Fairen Handel. Rechnet man die Familienangehörigen hinzu, sind es sogar 7 Mio. Menschen.



Staatssekretärin Karin Kortmann, MdB, bei der Eröffnung der Fairen Woche

Wir haben uns vorgenommen, dass es noch viel mehr werden müssen. Nachbarländer wie die Schweiz haben uns gezeigt, dass das geht: So geben in der Schweiz die Menschen pro Jahr im Schnitt 21 Euro pro Kopf für fairen Handel aus, in Großbritannien 12 €, während es in Deutschland erst 1,70 €

sind.

1,70 € pro Jahr – hier gibt es noch viel Potential!

Kommunen spielen hier eine zentrale Rolle: Durch engagierte Öffentlichkeitsarbeit und durch ihr eigenes Handeln begeistern sie ihre Bürgerinnen und Bürger für den Fairen Handel.

Kommunen als Auftraggeber sind mächtige Akteure auf dem Markt, und seit diesem Frühjahr können sie diese Marktmacht auch für faire, globale Sozialstandards einsetzen: Das Vergaberecht ist reformiert worden – auch auf Drängen des Entwicklungsministeriums. Jetzt ist es möglich, auch soziale und ökologische Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu berücksichtigen. Es muss also nicht mehr nur das günstigste Angebot wahrgenommen werden.

Ein Beispiel: Unsere öffentlichen Straßen und Plätze dürfen nicht mit Pflastersteinen aus Indien gepflastert werden, die Kindern hergestellt haben. Heute können wir in der Ausschreibung verlangen, dass die Steine unter Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen hergestellt wurden. Darüber hinaus fallen Kommunen aber noch weitere Wege ein, den fairen Handel fördern.

Auch in diesem Jahr haben sich am Wettbewerb „Hauptstadt des Fairen Handels“ wieder viele Kommunen teilgenommen: Kommunen aus 13 Bundesländern haben insgesamt 40 Bewerbungen mit über 400 Projekten eingereicht. Ausgelobt wurde ein Preisgeld von 100.000 Euro! Erstmals vergeben wir sechs Preise! Ich freue mich sehr über diese große Resonanz zum Thema Fairer Handel. Die Aktivitäten der 40 Kommunen beweisen erneut: Globale Verantwortung ist ein kommunales Thema!

Wir dürfen alle sehr gespannt sein, wer die Nase beim Fairen Handel vorne hat.

Impressum

Dieser Newsletter erscheint regelmäßig im PDF-Format und wird herausgegeben von der NRWSPD, Kavalleriestr. 16, 40213 Düsseldorf.

Redaktion:
Dennis Buchner
Gerd Deihle
Renate Hendricks, MdL
Reinhard Hermle
Karin Kortmann, MdB
Jan Schönrock

Bildrechte: Die Bilder sind uns zur Nutzung überlassen worden von NRWSPD, BMZ, Karin Kortmann und privat.

Bei Interesse an einer Aufnahme in der Verteiler des Forums Eine Welt NRW bitte Mail an: info@nrwspd.de.

Zahlreiche Experten unterstützen die Entwicklungspolitik der SPD

Frank-Walter Steinmeier hat Klartext geredet:

„Ich werde mich nie damit abfinden, dass Menschen in Armut leben. Frieden, Freiheit und Menschenrechte müssen für alle Menschen gelten, überall auf der Welt.“

Den Unterstützeraufruf „Gerechtigkeit weltweit“ haben zahlreiche Expertinnen und Experten aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit unterschrieben. Darunter sind Egon Bahr, Bärbel Dieckmann, Erhard Eppler, Dr. Friedrich Schorlemmer, Jürgen Wilhelm und Wilhelm Schmidt.



Sie unterstützen Frank-Walter Steinmeier.

Er steht:

- für eine politische Globalisierung mit fairen, sozialen und ökologischen Regeln,
- für eine weltweite Neuordnung der Finanzarchitektur: kein Markt, kein Akteur, kein Produkt darf mehr unbeaufsichtigt bleiben, Steueroasen müssen trocken gelegt werden,
- für das Engagement für die Ärmsten und das Erreichen der Millenniums-Entwicklungsziele bis zum Jahr 2015: bis 2010 0,51 Prozent und bis 2015 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für die weltweite Bekämpfung von Armut und Hunger,
- für die Abkehr vom globalen Ungleichgewicht zwischen Rüstungs- und Entwicklungsausgaben,
- für die Einrichtung eines Globalen Rates der Vereinten Nationen für Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik,
- für ein eigenständiges Entwicklungsministerium und die entwicklungspolitische Partnerschaft mit Nicht-Regierungsorganisationen, Gewerkschaften, Kirchen und Wirtschaft.